

Bestreikte Postniederlassung in  
Berlin-Prenzlauer Berg



# „Das schafft fast keiner“

**Löhne** Die Post will Pakete künftig von eigens gegründeten Billigfirmen zustellen lassen, die Gewerkschaft Ver.di will dies mit aller Macht verhindern. Dem Land steht ein wochenlanger Streik um die Frage bevor: Was ist Arbeit eigentlich wert?

**W**er in diesen Tagen mit Jürgen Gerdess spricht, erlebt einen Menschen, der, so sagt er es jedenfalls, nicht versteht, was gerade passiert. Der den Konflikt, in dessen Mittelpunkt er steht, nicht nachvollziehen kann. Und dem viele Fragen durch den Kopf gehen.

Solche Bekenntnisse, ob echt oder gespielt, sind bemerkenswert für einen Mann, der dem Vorstand eines Weltkonzerns angehört. Und der in den Augen seiner Widersacher wesentlich mitverantwortlich ist für eine Auseinandersetzung, die möglicherweise über viele Wochen hinweg die Republik bewegen wird.

Gerdess, 50, ein Manager der zupackenden Sorte, betreut bei der Deutschen Post DHL Gruppe das Vorstandsressort Briefe und Pakete. Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hat die Mitarbeiter dieses Bereichs nach mehreren Warnstreiks zu einem unbefristeten Streik aufgerufen, der am vergangenen Dienstag begann.

Am Donnerstag befanden sich nach Angaben der Gewerkschaft 16 000 Beschäftigte im Ausstand, darunter mindestens 6500 Zusteller. Die Post behauptet, die Auswirkungen hielten sich in Grenzen, Ver.di meldet, dass sich die Sendungen in den Sortierzentren stapeln.

In den nächsten Wochen will Ver.di den Druck immer weiter steigern. Bis die Konzernführung um Post-Chef Frank Appel endlich nachgibt.

Ver.di will verhindern, was sich Gerdess und seine Kollegen ausgedacht haben: Die Post hat für die Zustellung der Pakete eigene Gesellschaften gegründet, die Mitarbeiter weit unter den bei der Post üblichen Konditionen einstellt. Zustellern, die bisher bei der Post befristet beschäftigt waren, werden bei diesen Firmen unbefristete Jobs angeboten.

Der Konzern wolle seinen üppigen Gewinn um jeden Preis steigern – zulasten der Beschäftigten, sagt Ver.di. Nur so könne

sie auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben, sagt die Post.

„Ich habe in den letzten Wochen 6000 unbefristete Arbeitsplätze nach Ver.di-Tarif geschaffen“, sagt Post-Vorstand Gerdess über die Gründung der sogenannten Delivery-Gesellschaften. „Wieso werden wir dafür bestreikt? Was ist falsch daran?“

Ein Arbeitgeber, der sich bestraft fühlt, und eine Gewerkschaft, die keine Lohnforderung in den Mittelpunkt stellt: Einen so seltsamen Arbeitskampf hat Deutschland selten erlebt. Hinzu kommt, dass der Arbeitgeber eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde mit vollem Lohnausgleich bietet, was die Gewerkschaft aber wenig interessiert. Ver.di hat nur ein Ziel: Delivery muss unter den Haustarif der Post – oder am besten wieder ganz verschwinden. Doch das, sagt die Post, ist nicht verhandelbar. Es sei die ureigenste unternehmerische Entscheidung, „wie wir das Unternehmen organisieren“, sagt Gerdess.



der Vorwürfe vor internationalen Arbeitsorganisationen verantworten.

Appel reagierte verärgert. Wenig später spitzte sich im Inland der Streit um befristete Arbeitsverhältnisse zu, die das Post-Management massiv ausbaute.

Statt im Zustelldienst feste Arbeitsplätze zu schaffen, wurden „viele Tausend Beschäftigte jahrelang mit immer neuen befristeten Verträgen gegängelt und mürbe gemacht“, erinnert sich der für Postdienste in NRW zuständige Ver.di-Fachbereichsleiter Uwe Speckenwirth. Ganze 24 000 solcher Zeitarbeitsverhältnisse gab es laut Ver.di in Spitzenzeiten.

Appels Argument für das ungewöhnliche Vorgehen: Trotz hoher Gewinne könne sich der Konzern Festanstellungen nicht leisten. Die Löhne seien zu hoch, um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben.

Spätestens 2013 wurde den Gewerkschaftern klar, dass ein Konflikt unausweichlich kommen würde. Um seinen Wachstumskurs fortzusetzen, hatte Appel da auf einer Betriebsrätetagung erläutert, müsse man in den nächsten Jahren massive Einsparungen vornehmen. „Und das“, so Appel weiter, „machen wir mit Ihnen oder ohne Sie.“ Mancher Teilnehmer empfand das als Kriegserklärung.

Der harte Kurs war offenbar auch im Management umstritten. Jedenfalls legte die damalige Personalchefin des Konzerns, Angela Titzrath, im Juli vergangenen Jahres ihr Amt nieder, weil sie sich mit ihrem Kurs einer nachhaltigen Personalpolitik nicht durchsetzen konnte. Offiziell hieß es, sie scheidet aus persönlichen Gründen aus dem Unternehmen aus.

Schon da bereitete Appel nach Ansicht der Gewerkschafter mit einem kleinen Kreis von Vertrauten den Coup mit den neuen Zustellgesellschaften Delivery vor. „Still und heimlich“ seien Verträge mit der internen Post-Vertriebsgesellschaft so modifiziert worden, dass sie ihre Pakete auch über einen anderen Zustelldienst abwickeln konnte, sagt ein Gewerkschafter.

„Wir haben zwei Jahre versucht, mit der Gewerkschaft zu reden“, sagt Post-Vorstand Gerdes. Die Gewerkschaft habe stets geleugnet, dass es ein Kostenproblem gebe. Die Gewerkschaft kontert, der Konzern habe ihr nie überzeugende Zahlen vorgelegt.

Die Gegenwart jedenfalls sieht rosig aus. Und deshalb stellt sich nicht nur Ver.di die Frage: Darf ein Konzern, der Milliarden verdient, Kosten und Löhne senken? Auch im bestreikten Paket- und Briefgeschäft macht die Post ordentlich Gewinn, 1,3 Milliarden Euro. Trotz des Haustarifvertrags, der den Beschäftigten im Schnitt höhere Löhne garantiert, als die Wettbewerber zahlen, konnte die Post ihren Marktanteil im boomenden Paketmarkt sogar von 39 auf 43 Prozent steigern.

Das Post-Management argumentiert, kurz gefasst, so: In der Vergangenheit habe man steigende Lohnkosten durch Produktivitätsfortschritte kompensieren können, doch die gebe es in Zukunft nicht mehr in gleichem Maße. Eine Kostensenkung sei deshalb unerlässlich. Schon jetzt steige der

Die Post gründete im Januar 49 dieser neuen Regionalgesellschaften und stellte in wenigen Wochen rund 6000 Mitarbeiter dort ein. Sie werden nicht nach dem Post-Haustarif bezahlt, sondern nach dem Tarifvertrag, den Ver.di mit der Logistikbranche vereinbart hat. Nach Angaben der Post

ANZEIGE

Umsatz schneller als der Gewinn. „Unser Kostenproblem haben wir Ver.di bei vielen Gelegenheiten dargestellt und erläutert“, sagt Gerdes.

Zu Gesprächen über konkrete Maßnahmen aber kam es nicht, schon gar nicht über Delivery.

liegt der Stundenlohn bei Delivery im Schnitt bei 13 Euro, bei der Post selbst sind es fast 18 Euro, bei mehreren Wettbewerbern 8,50 Euro.

Wer von einem Wettbewerber zu Delivery wechsle, erhalte „dramatisch mehr Lohn“, sagt Gerdes. Und wer vorher einen

befristeten Post-Vertrag hatte, bekomme nach Auslaufen der Befristung einen festen Vertrag bei Delivery mit demselben monatlichen Grundeinkommen. Es gibt allerdings kein Weihnachts- und Urlaubsgeld. Keiner wird schlechter gestellt, das ist die Botschaft der Post.

Berliner Straßen und liefert die Pakete denselben Kunden. Aber sein Arbeitgeber heißt jetzt nicht mehr Deutsche Post, sondern DHL Delivery.

Der Deal, auf den er sich dabei eingelassen hat, klang zunächst gut, er hat sogar 100 Euro mehr auf dem Konto, weil ihm

den arbeitet, ohne Überstundenzulage. Info-Post, Päckchen und Abholungen werden laut dieser Nebenabreden extra bezahlt. Zwar landen Cent-Beträge auf seinem Konto – doch die Zeit, die er zum Austragen braucht, wird nicht angerechnet. Dadurch sinkt die offizielle Stundenzahl.

„Die Arbeit ist so hart, das schafft fast keiner“, sagt Wendel. Für ihn bedeutet Delivery: größere Touren, längere Tage. Zehn Prozent der Berliner Delivery-Angestellten hätten solche Klauseln unterschrieben, räumt die Post ein. Bei Ver.di vermutet man, dass sie für einen Großteil aller Delivery-Beschäftigten gelten.

Für die Post-Betriebsräte sind die neuen Gesellschaften eine Provokation – und der „eindeutige Versuch, die Gewerkschaften durch den Aufbau von Parallelstrukturen zu entmachten“. Doch die umgehend organisierten Warnstreiks verpufften genauso wie der Versuch, den Konflikt in Verhandlungen beizulegen. Ver.di habe sich in den Verhandlungen mit der Post nicht generell gegen Einschnitte ausgesprochen. „Wir haben auch in der Vergangenheit immer Kompromisse und Lösungen gefunden“, sagt die stellvertretende Ver.di-Bundesvorsitzende Andrea Kocsis. So hat Ver.di auch in den aktuellen Verhandlungen vorgeschlagen, über Einschnitte zu reden, wenn vorher klar definierte Parameter wie die Umsatzrendite eine Verschlechterung anzeigen.

Die Gewerkschaft fürchtet, Delivery könnte nur das Modell für eine noch viel größere Umorganisation der Post sein. Im Konzern gibt es neben dem Paketdienst zwei weitere Zustellorganisationen. Die eine liefert nur Briefe aus. Die andere, hauptsächlich auf dem Land tätig, bringt Briefe und Pakete durch Boten ins Haus, intern heißt das Verbundzustellung. In beiden Sektoren zusammen arbeiten rund 80 000 Menschen, also zehnmal mehr als im Paketbereich.

Könnte es nun sein, dass Appel und Gerdes planen, auch in diesen Bereichen parallele Zustellnetze aufzubauen? Der Konzern bestünde dann aus einer Art Bad-Post mit alter Ausrüstung, den verbliebenen Beamten und hohen Pensionsverpflichtungen. Und einer zweiten Sparte mit deutlich niedrigeren Löhnen in der Zustellung und einem florierenden Auslandsgeschäft. In ihr hätte Ver.di weniger Einfluss. Auch das will die Gewerkschaft verhindern.

„Niemand will Gewerkschaften entmachten, wir wollen wettbewerbsfähige Lohnstrukturen“, sagt Gerdes. „Ver.di muss seinen Frieden mit Delivery machen. Über alles andere kann man reden.“

Doch Ver.di will nur das eine: das Ende der Niedriglohngesellschaften. Ein klassischer Tarifkompromiss, bei dem man sich in der Mitte trifft, ist da nicht möglich.

Am Ende kann nur einer gewinnen: die Post oder Ver.di.

Frank Dohmen, Kristiana Ludwig, Armin Mahler

Jan Wendel\* sieht das ein wenig anders. Er trägt noch immer dieselbe Arbeitskleidung, Post-gelb sind die Schultern, DHL-rot der Rumpf, er fährt noch immer mit demselben gelben Auto durch dieselben

zusätzlich zum Tariflohn monatlich knapp 190 Euro gezahlt werden. Doch kurz nach seiner Unterschrift legte ihm sein Chef weitere Papiere vor. Wendel sollte eine „freiwillige Zusatzleistung“ unterzeichnen: Auf „Wunsch des Arbeitnehmers“ erklärte er damit, dass er künftig gern 48 statt 40 Stun-

\* Name von der Redaktion geändert.